

# Die LSAP verlangt mehrjähriges Aktionsprogramm

## „Bildung 21“

### 1. Ein schleichender Prozess

Die LSAP hat ihren Kongress vom 17. März 2002 der Schulpolitik gewidmet und legt konstruktive und konkrete Lösungsvorschläge im Interesse der Kindern und Jugendlichen vor.

Das schlechte Abschneiden Luxemburgs bei der PISA-Studie der OECD ist kein Zufall. Diese Feststellung wiegt schwer, ist aber berechtigt, denn die kalte Dusche von PISA zeichnete sich seit längerem ab. Die Schüler tragen nicht persönlich die Schuld am Resultat der PISA-Studie, sondern ein veraltetes und ungerechtes Schulsystem ist hierfür verantwortlich.

Es gab eindeutige Indikatoren für die Mängel unseres Schulsystems: z.B. die geringe Zahl an Universitätsstudenten; die hohe Zahl an Kindern, die während und nach der Primärschule ins Ausland gehen, weil unser System es nicht schafft, sie zu integrieren und schliesslich die hohen Durchfallquoten schon in der Primärschule.

Und nun das böse Erwachen: Luxemburg landet in der Studie auf dem drittletzten Platz im internationalen Vergleich. Wir verzeichnen abgeschlagen den schlechtesten Mittelwert aller europäischen Länder, sowohl in der Lese- als auch in der mathematischen und Sachfragenkompetenz, d.h.:

- wir können also „normale“ Schüler nur schlecht ausbilden,
- wir können auch unsere guten Schüler nicht fördern – nur 1,7% der Luxemburger befinden sich auf der höchsten Kompetenzstufe, gegen 10% im OECD-Durchschnitt,
- wir haben erschreckend viele Kinder und Jugendliche auf dem untersten Niveau – viele davon auf der niedrigsten Kompetenzstufe
- unsere Schule ist nicht fähig, für Chancengleichheit zu sorgen – ob nun für Kinder und Jugendliche mit Sprachproblemen, vor allem bei Kindern ausländischer Mitbürger, oder für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.

Die Ursachen sind das Resultat eines schleichenden Prozesses, der sich durch einen Mangel an Verantwortung für die Zukunft unserer Jugend, einen Mangel an Investitionsbereitschaft in Personal, Materialien und Infrastrukturen und einen Mangel an Anpassung unserer Lehranstalten an die gesellschaftliche Entwicklung respektiv einen Mangel an Anpassung der Lernprogramme und Lernstoffe auszeichnet. Dazu kommen noch veraltete Schulprogramme und die mangelhafte Einbeziehung der Schüler in die Entscheidungsprozesse.

Die Gestaltung der Bildungspolitik der letzten 30 Jahre sowie die Verantwortung dafür lassen sich grob in drei Etappen einteilen:

Eine Periode des Aufbruchs und der Reformbereitschaft fand in den Jahren 1974 bis 79 statt. Damals haben der sozialistische Unterrichtsminister Robert Krieps und Staatssekretär Guy Linster die Grundlagen für eine zukunftsorientierte Entwicklung des Luxemburger Bildungswesens gelegt .

Die Reformvorschläge der LSAP stellten schon damals den Schüler in den Mittelpunkt der Schule und versuchten jedem Kind die gleichen Chancen für sein schulisches Weiterkommen zu geben. Darin sah sie die Hauptaufgabe der öffentlichen Schule.

Damals wurde die LSAP für viele fortschrittliche Ideen von CSV und den konservativen Kreisen verdammt und im nachfolgenden Wahlkampf auf verabscheuende Weise angegriffen. Heute kann niemand mehr leugnen, wie weitblickend und sinnvoll diese Konzepte waren. Nur ein paar Beispiele: Das Gesetz zum „Tronc commun“, die positive Beurteilung der Schüler, die Ganztagschule mit umfassender pädagogischer Betreuung.

Mit der Übernahme des Unterrichtsministeriums durch die CSV im Jahr 1979 begann die zweite Periode. Sie dauerte 2 Jahrzehnte. Während 10 Jahren hatte zunächst Herr Boden viel Zeit verstreichen lassen, danach versuchte Herr Fischbach jedoch ohne Unterstützung aus den eigenen Reihen, mit dem „Demain l'école“-Konzept die Schule zu modernisieren. Von 1995 bis 1999, unter Frau Hennicot-Schoepges verschärfte sich der Prozess noch durch eine äusserst knappe Sparpolitik, die im Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal und Infrastrukturen gipfelt.

Im Rückblick muss man feststellen, dass diese 20 Jahre für die Schule verlorene Jahre waren. Dies wiegt umso schwerer, als die CSV-Minister auf den in der Ära Krieps/Linster vorgelegten Reformen hätten aufbauen müssen.

Doch auch die dritte Periode seit dem Wechsel des Ministeriums in DP-Hände 1999 brachte keine Verbesserung. Die LSAP drückt ihre Verärgerung gegenüber der zwar vollmundig angekündigten aber inhaltlich leeren DP-Bildungsoffensive aus. Mit Slogans à la „back to basics“ alleine kann noch lange keine Bildungsoffensive stattfinden. Bisher sind keine zukunftsorientierten Reformen des Schulsystems zu erkennen, die Offensive besteht nur aus Konsultationen und Meinungs-austausch.

Die Zeit des energischen Handelns ist nun gekommen. Mit dem Programm „Bildung 21“ legt die LSAP konstruktive Vorschläge vor, die zur Gesundung unseres Schulsystems Wesentliches betragen werden. Es ist dabei notwendig, unser gesamtes Schulsystem zu überdenken. Grundsätze, konkrete Maßnahmen und der unter 4 angesprochene Aktionsplan betreffen also nicht nur die Primärschule, sondern auch die Lyzeen und die berufliche Aus- und Weiterbildung.

## **2. Reformen brauchen klare Grundsätze**

### **1. Jedem Kind und jedem Jugendlichen Chancengerechtigkeit garantieren**

Die PISA-Studie hat klar gezeigt, dass die unsere öffentliche Schule von heute soziokulturelle Ungleichheiten nicht ausbügeln kann und somit keine Chancengerechtigkeit garantiert. Das hat die Sozialisten am meisten bestürzt.

Im Unterschied zu den Gründungsvätern und -müttern der öffentlichen Schule wissen wir heute, dass Chancengerechtigkeit nicht durch eine Gleichbehandlung aller Kinder – gleiches Unterrichtsmaterial, gleiche pädagogische Methode etc. – erzielt wird, sondern nur über einen Unterricht erreicht wird, der es ermöglicht, jedes Kind differenziert zu betreuen und seine individuellen Lernvoraussetzung sowie sein soziales Umfeld zu berücksichtigen.

PISA hat deutlich gezeigt, dass jene Systeme die später orientieren, in der Regel besser abschneiden. Die LSAP spricht sich deshalb gegen eine zu frühe Auslese der Kinder und Jugendlichen aus und bekennt sich grundsätzlich zum Modell einer Schule, die alle 12-15-Jährigen aufnimmt. Um größere Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu fördern, werden die Sozialisten den sogenannten 2. Bildungsweg offener und attraktiver machen.

## **2. Das Kind und den Jugendlichen in den Mittelpunkt der Schule stellen**

Die Schule soll den Heranwachsenden erlauben, ihre Persönlichkeit zu entfalten, und ihnen ethische und moralische Grundsätze vermitteln, um sich in der Gesellschaft zu orientieren, deren Zusammenhänge zu verstehen, darin aktiv zu werden und sich die notwendige adäquate Basis für das spätere Berufsleben zu erarbeiten.

## **3. Die öffentliche Schule attraktiv und effizient gestalten.**

Die öffentliche Schule kann und muss einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft leisten. Damit sie diesem Auftrag gerecht werden kann, muss die Schule allerdings regelmässig an die Entwicklung der Gesellschaft angepasst werden.

Wir sind der Meinung, dass die öffentliche Schule – Primärschule wie Sekundarschule – die Schule aller Kinder und Jugendlichen sein muss und keine Ghettoisierung statt finden darf. Hiervon profitieren schlussendlich die Kinder aus allen Milieus. Deswegen muss die öffentliche Schule ihren Prinzipien gerecht werden: Sie muss eine laizistische Schule werden. Konsequenterweise bedeutet dies die Trennung von öffentlicher Schule und Religionsunterricht.

Die öffentliche Schule braucht mehr Mittel: das paraschulische Angebot der Vor- und Primärschule muss ausgebaut werden, da sich hier viele Möglichkeiten bieten, durch gezielte Hilfe Lerndefizite auszugleichen und Kompetenzen aufzubauen. Kinder sind verschieden, die öffentliche Schule, und zwar Sekundarschule wie Primärschule, muss sowohl auf die besonderen Schwächen als auch auf die besonderen Begabungen der einzelnen Schüler eingehen können. Deshalb fordern wir, dass die öffentliche Schule Kindern und Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten oder besonders begabten Kindern und Jugendlichen ein auf sie zugeschnittenes Lernangebot in alternativen Unterrichtsmodellen anbietet.

Die LSAP stellt fest, dass in unserem Land eine große Nachfrage nach Internatsplätzen besteht. Sie drängt auf die schnelle Verwirklichung des seit Jahren geforderten öffentlichen Internats. Dieses Internat muss von einer nicht konfessionellen Einrichtung öffentlichen Rechts (établissement d'utilité publique) geführt werden. Wir brauchen ein öffentliches Internat auch und besonders im Primärschulbereich.

Die Schule sollte die Schüler zum Mitmachen bewegen und ihnen in einem gewissen Rahmen eine aktive Rolle bei der Auswahl ihrer Schulfächer zugestehen.

## **3. Konkrete Massnahmen führen zum Ziel**

### **Zwölf Vorschläge der Sozialisten für die Aufwertung und Verbesserung der öffentlichen Schule**

#### **1. Die Kinder und Jugendlichen möglichst früh fördern**

Die Früherziehung (éducation précoce) sowie die Vorschulerziehung (enseignement préscolaire) sollen einen klar umschriebenen Auftrag für das frühe Fördern von Begabungen und den Abbau von gesellschaftlich bedingter Benachteiligung erhalten.

## **2. Die Kinder differenziert behandeln**

25% der Kinder erleben schon früh einen Misserfolg und müssen bereits eine Klasse in der Primärschule wiederholen. Das führt schon sehr früh zu Resignation oder Schulangst. Der LSAP geht es darum, solche negativen Erfahrungen zu vermeiden und stattdessen die Kinder zu fördern und zu stimulieren, ihnen die Freude am Lernen zu vermitteln und ihre Leistung zu belohnen.

Deshalb wollen wir den Primärunterricht flexibler gestalten. Jeder Primärschüler soll die Möglichkeit haben, ohne Durchfallen die später benötigten Kompetenzen in seinem ihm eigenen Rhythmus zu erlangen. Dazu muss man an zwei Punkten die Hebel ansetzen. Das Teamteaching muss entwickelt und ausgebaut werden. Das Konzept der jahresübergreifenden Klassen muss allgemein eingeführt und auf die ganze Primärschule ausgedehnt werden. Das erste und zweite Schuljahr, das dritte und vierte sowie das fünfte und sechste Schuljahr bilden jeweils eine pädagogische Einheit mit im Prinzip jeweils demselben Lehrer während den zwei Schuljahren, die eine Einheit bilden .

## **3. Bildungsziele klar definieren**

Die Schule kann nicht alles. Sie kann weder alle Probleme der Gesellschaft noch des Einzelnen lösen. Es muss daher ein Auftrag an die Schule ergehen, was sie leisten muss.

Lesen, schreiben, rechnen sind nicht Ziele einer Bildungspolitik, sondern Instrumente, die den Zugang zur Bildung erst ermöglichen.

Ein Bildungsziel muss sein, mit dem Gelernten umzugehen, es selbständig zu erweitern und in die Praxis umzusetzen.

Obwohl die Schüler zu Pünktlichkeit, Respekt und Disziplin angehalten werden sollen darf die Schule aber nicht vergessen, dass von den zukünftigen Erwachsenen in der Hauptsache Selbständigkeit, Teamfähigkeit, vernetztes Denken, Eigeninitiative, Wissen, und Kreativität verlangt werden. Bildungsziele, Lerninhalte, Methoden und Benotung (siehe unter 4) genau wie die sprachliche Ausbildung (Mehrsprachigkeit) werden also auch in den Sekundarschulen überprüft und angepasst werden müssen . Neben einem auszubauenden Angebot der Abendkurse für Erwachsene muss die Möglichkeit bestehen sich auch ganztägig der Um-, Weiter- und Fortbildung zu widmen.

Deshalb muss der Staat spezielle Schulklassen einrichten. Natürlich müssen die erforderlichen Geldmittel sowohl für Lehrer, Professoren und Infrastrukturen, als auch für die Umschüler frei gesetzt werden.

Darüber hinaus müssen auch Erwachsene für das Erlernen der luxemburgischen Sprache motiviert werden und dem Arbeitgeber den Lohn durch den Arbeitsausfall kompensiert werden.

## **4. Lerninhalte und Benotung an die Bildungsziele anpassen**

Sobald die Politik in einem breitgefächerten Dialog die Bildungsziele bestimmt hat, sollen Schulexperten diese Ziele pro Schuljahr oder Schuleinheit klar und präzise formulieren.

Die Leistung der Schüler wird dann am Erreichen dieser Ziele gemessen. Der Unterricht in der Schule muss sich an die vorgeschriebenen Ziele halten, dafür müssen die Verantwortlichen auf allen Ebenen sorgen.

Die Benotung der Schüler muss ebenfalls überdacht werden. Heute entscheidet oft ein relativer Leistungsvergleich innerhalb der gesamten Klasse über die Versetzung

des Schülers. Sinnvoller wäre eine Beschreibung der Kompetenzen eines jeden Schülers, die ein genaues Bild über dessen Fortschritte liefert.

## **5. Ziele und Inhalte in den Sprachfächern überdenken**

Viele Erfahrungen weisen darauf hin, dass die im Luxemburger Schulunterricht angestrebte frühe Zweisprachigkeit im Lesen, Schreiben und Sprechen für viele Kinder die Hauptursache für den schulischen Misserfolg darstellt.

Daher müssen die Ziele in diesen Fächern klarer als bisher beschrieben und die zu erlernenden Grundelemente besonders in den ersten vier Jahren der Primärschule eng begrenzt werden. Flexibilität und Differenzierung sind hier das oberste Gebot.

## **6. Die Qualität der Schule messen**

Luxemburg hat wenig Erfahrung mit der Qualitätsmessung und der Bewertung der traditionellen Schulpraxis wie des innovativen Lehrens. Die Schule muss Rechenschaft ablegen und Erklärungen für Erfolge wie für Misserfolge liefern. Daher müssen Normen festgelegt werden, eine interne wie eine externe Evaluierung muss stattfinden.

Alle Pilotprojekte sollen wissenschaftlich begleitet und, falls sie positiv bewertet werden, verallgemeinert werden.

## **7. Die Pädagogen nicht allein lassen**

Lehrer müssen besonders in schwierigen Lagen Hilfestellung erwarten können, und zwar vom Inspektorat und von den Kollegen. Daher muss Teamarbeit gefördert und wissenschaftliche Begleitung angeboten werden.

In diesem Zusammenhang kommt der zukünftigen pädagogischen Fakultät der Universität Luxemburg für die Bewertung der Praxis und der Entwicklung innovativer Lernmethoden in der Primärschule und in den Lyzeen eine wichtige Rolle zu.

Lehrer müssen darauf vorbereitet werden, differenzierter auf Schüler einzugehen. Sie brauchen diagnostische Kompetenz, um Begabungen zu erkennen oder Lernschwierigkeiten bei Kindern festzustellen. Sie müssen auch mit jenen Fachkräften/Personen/Bezugspersonen zusammen arbeiten, die im paraschulischen Bereich tätig sind, um die einzelnen Kinder optimal zu fördern.

## **8. Die Aus- und Weiterbildung der Pädagogen verbessern**

Wir brauchen genügend und gut ausgebildetes Personal, damit die Schule ihren Auftrag erfüllen kann. Lehrer müssen darauf vorbereitet werden, differenziert auf Kinder und Jugendliche einzugehen. Sie brauchen diagnostische Kompetenz, um Begabungen zu erkennen oder Lernschwierigkeiten bei Kindern und Jugendlichen festzustellen. Sie müssen auch mit jenen Fachkräften/Personen/Bezugspersonen zusammenarbeiten, die im paraschulischen Bereich tätig sind, um die einzelnen Kinder optimal zu fördern.

Neben der Reform der Erstausbildung gehört die obligatorische Weiterbildung zur Arbeit des Lehrers. Sie muss daher prinzipiell in der normalen Arbeitszeit stattfinden. Es sollte die Möglichkeit geben, eine Auszeit von einem Jahr (année sabbatique) zur Weiterbildung zu nehmen.

## **9. Aktive Lehrmethoden einsetzen**

Die Lehrmethoden müssen Lernprozesse selbst zum Gegenstand von Bildung machen (lernen zu lernen).

Um Kreativität, Selbständigkeit, Sprachgewandtheit, vernetztes Denken zu erlernen, müssen die Schüler von einer passiven Haltung weg zu einer aktiven Teilnahme angeregt werden.

Die Fähigkeit, in der Gruppe, im Team zu arbeiten, kann nicht durch Frontalunterricht vermittelt werden. Das Interesse der Schüler sollte durch mehr Interaktivität des Kursus geweckt werden. Hierfür sollten die Schüler ermutigt werden dem Unterricht selbst etwas beizutragen.

Der Erzieher ist nicht mehr ausschliesslich Wissensvermittler, sondern steht den Schülern beratend und begleitend zur Seite.

Informations- und Kommunikationstechnologien sollen fächerübergreifend als Instrument zum Lernen eingesetzt werden.

## **10. Die Infrastrukturen an die neuen Bildungsziele und Lehrmethoden anpassen und erneuern**

Um Teamteaching zu ermöglichen, müssen Schulsäle grösser geplant werden, damit sie teilbar sind.

Um neue Technologien als Bestandteil des Unterrichts in allen Fächern einsetzen zu können, müssen alle Schulen über die notwendige Verkabelung und Ausstattung verfügen.

Um Betreuung über die normalen Schulstunden hinaus zu ermöglichen, müssen alle Schulen mit Kantinen, Aufenthaltsräumen, Bibliotheken, Werkräumen und Sportinfrastrukturen ausgestattet sein.

Wir verlangen einen Mehrjahresplan in den Gemeinden wie beim Staat, der den Bau von Gebäuden für Früherziehung, Vorschulunterricht, von Primär- und Sekundarschulen und öffentliche Internate mit der notwendigen Ausstattung und deren Finanzierung festlegt.

## **11. Die Verantwortungen klarstellen**

Die Schule geht uns alle an. Es gibt also viele Teilnehmer. Das konzeptlose Schaffen von Strukturen hat in den vergangenen Jahren zu einer chaotischen Verantwortungslosigkeit geführt, die durch den Kompetenzstreit verschiedener Ministerien auf Regierungsebene noch verstärkt wird.

Im Staat muss ein Ministerium, nämlich das Erziehungsministerium, für alle die Schule betreffenden Fragen zuständig sein. Dazu gehören auch die paraschulischen Aktivitäten, die Bestandteil der Schule sind.

Zwischen Staat und Gemeinden muss die Arbeitseinteilung klar sein. Die finanzielle Beteiligung des Staates an den Kosten muss genau definiert werden. Die Aufteilung 2/3 Beitrag des Staates, 1/3 Beitrag der Gemeinde, wie sie für die Kosten des Lehrpersonals besteht mit einem grösseren Mitsprachrecht für die Gemeinden, ist eine übersichtliche und gerechte Lastenverteilung, die für die Finanzierung aller Personalkosten, also auch der Erzieher, des Betreuungspersonals und den spezial Hilfen verallgemeinert werden soll. Für die Finanzierung der Infrastrukturen schlagen wir eine Aufteilung vor, in der Staat und Gemeinden sich die Kosten jeweils zur Hälfte teilen.

## **12. Eltern sind Partner in der Schule**

Auch für den Schulalltag müssen die Verantwortungen klargestellt werden.

Eltern sind wichtige Partner bei der Ausbildung der Kinder. Sie müssen also wissen, was die Schule von ihnen erwartet, so wie sie selbst informiert sein müssen, was sie von der Schule und von den Lehrern erwarten können.

Eltern, deren Kinder Hilfe brauchen und suchen, fühlen sich oft allein gelassen. Daher organisieren sich immer mehr Eltern in Selbsthilfegruppen. Aber auch Lehrer wissen oft nicht, wie sie mit den Eltern Kontakt aufnehmen können.

Rechte und Pflichten von Kindern, Eltern und Lehrern sollen in einer gemeinsam ausgearbeiteten Charta festgelegt und gesetzlich verankert werden.

Durch die Regionalisierung des Inspektorats sollen Anlaufstellen entstehen, die es den Inspektoren erlauben ihren pädagogischen Aufgaben besser nach zu kommen. Hier soll eine Anlaufstelle entstehen, die den Eltern den Zugang zu den verschiedenen Dienstleistungen der öffentlichen Schule vereinfacht und die Zusammenarbeit zwischen Lehrern und spezialisierten Fachkräften ermöglicht.

Für jede Gemeinde soll im Falle eines Konflikts zwischen Eltern und Lehrer oder Kind und Lehrer eine neutrale eine neutrale Vermittlungsstelle (médiateur) definiert werden. Eine solche Mediationsstelle soll auch in den Sekundarschulen bestimmt werden.

In der Primärschule soll pro Schule ein Verantwortlicher aus der Lehrerschaft bezeichnet werden, der für die praktische Organisation zuständig ist und den Eltern als Ansprechperson zur Verfügung steht.

In den Sekundarschulen müssen die Schüler und Eltern stärker in den Entscheidungsprozess mit eingebunden werden. Deswegen müssen die notwendigen Rahmenbedingungen für die bestehenden Gremien (Conseil d'éducation, Conférence nationale des élèves, Conseil supérieur de l'éducation nationale) geschaffen werden. Dazu gehören nicht nur die längst überfälligen Infrastrukturen sondern auch die Nötigen Angestellten damit diese Organe autonom funktionieren können und die Schuldemokratie stärken.

## **4. Der Unterrichtspolitik endlich neuen Elan geben**

Angesichts der alarmierenden Situation in unserem Schulwesen und um die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen nicht noch mehr zu belasten, sollten die von der LSAP vorgeschlagenen Massnahmen möglichst schnell umgesetzt werden. Nicht hektisch, sondern überlegt, engagiert, zügig und konsequent.

Ohne konkreten Fahrplan kann keine grosse Reform zielgerichtet umgesetzt werden. Der LSAP-Kongress fordert die politisch Verantwortlichen daher auf, sich in folgenden 4 Bereichen einen Handlungsrahmen zu setzen und einzuhalten:

### **1. auf gesellschaftlicher Ebene:**

Die Herausforderungen, die an alle Schulpartner gestellt werden, müssen frei und unvoreingenommen diskutiert werden, und zwar von allen Akteuren, die Einfluss auf die Schule haben, oder mit ihr in Kontakt kommen.

Die LSAP will hier mit gutem Beispiel vorangehen, und stellt deshalb diesen Resolutionsentwurf nicht nur zur parteiinternen sondern auch zur öffentlichen Debatte. Die Sozialisten fordern jeden Bürger auf, uns seine Meinung zu diesem Text über Post, Fax oder E-mail zukommen zu lassen.

## **2. auf parlamentarischer Ebene:**

Die LSAP fordert, dass so schnell wie möglich eine grosse Orientierungsdebatte zur öffentlichen Schule im Parlament stattfindet. Ihr Zweck ist es, die grossen Richtlinien und Akzente der zukünftigen Bildungspolitik zu definieren.

Eine Debatte zur Lage im Bildungswesen soll jährlich erfolgen. Diese Folgedebatten werden in erster Linie dazu dienen, dem Minister die Gelegenheit zu geben, über die erzielten Fortschritte, das heisst über die konkrete Umsetzung der Massnahmen und ihre Evaluierung, Rechenschaft abzulegen.

## **3. auf Regierungsebene:**

Die Sozialisten fordern die Regierung auf, umgehend Vertreter aller beteiligten Ressorts und der Gemeinden an einen Tisch zu bringen, um einen mehrjährigen Investitionsplan zu erstellen. Dieses Programm muss klare Zielvorgaben zu Personal, Infrastruktur und didaktischem Material enthalten.

Es ist für die LSAP auch unerlässlich, dass alle Einrichtungen, die sich um Schulkinder kümmern – also auch para- und periskolare Aktivitäten und Betreuungsstrukturen in der Hand eines einzigen Ministeriums, des Unterrichtsministeriums, vereint werden. Nur so kann es gelingen, den Schulkindern eine kohärente und abgestimmte Begleitung anzubieten und jedem Kind die bestmöglichen Chancen einzuräumen.

## **4. auf ministerieller Ebene:**

Die LSAP stellt wie viele andere tiefgreifende Fehlentwicklung in unserem Schulwesen fest. Etwa dass an die 4000 Schüler im Ausland die Schule besuchen und es nicht weniger werden, dass Luxemburg vergleichsweise wenig Studenten und Akademiker hat, dass die Orientierung in die klassischen und technischen Sekundarschulen größtenteils über die Sprachenkenntnisse erfolgt und andere Kompetenzen kaum zählen – was unter anderem dazu führt, dass viele Ausländerkinder die Möglichkeiten nicht haben, ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildungen anzugehen. Es gilt, diesen Tendenzen und Fakten wissenschaftlich auf die Spur zu kommen, damit die Entscheidungsträger anhand dieser Fakten gezielte Massnahmen ergreifen können, um diese Missstände aus der Welt zu schaffen. ISERP, IEES sowie ausländische Universitäten sollten vom Unterrichtsministerium schnellstens mit diesen Studien beauftragt werden, damit innerhalb eines Jahres ein fundierter Bericht über die nationale Bildung vorgelegt werden kann.

Das Unterrichtsministerium muss ebenfalls dafür sorgen, dass endlich alle aktuellen Pilotprojekte einer wissenschaftlichen und pädagogischen Evaluierung unterzogen und die Ergebnisse dieser Beurteilung veröffentlicht werden. Falls diese Projekte sich bewährt haben, müssen sie schnellstens allgemein eingeführt werden.

(Angenommen auf dem ordentlichen Landeskongress der LSAP vom 17. März 2002 in Vianden)